

Ressort: Politik

Bundesregierung will Sozialbetrug härter bekämpfen

Berlin, 22.03.2014, 08:08 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will härter gegen zugewanderte Sozialbetrüger aus EU-Mitgliedstaaten vorgehen. Das meldet das Nachrichtenmagazin "Focus" unter Berufung auf einen Zwischenbericht des eingesetzten Staatssekretärs-Ausschusses.

Dieser schlägt vor, "befristete Wiedereinreiseperrnen" zu verhängen, wenn die Freizügigkeit etwa durch wiederholte Einreisen missbraucht wird. Zudem soll das "Erschleichen von Aufenthaltsbescheinigungen unter Strafe" gestellt und die Zeit der Arbeitssuche befristet werden. Damit Kindergeld nicht widerrechtlich bezogen wird, sollen Antragsteller die Steueridentifikationsnummer angeben. Kindergelder, die ins Ausland gezahlt werden, sollen verschärft überprüft werden. Die Staatssekretäre wollen betroffene Kommunen mit über 200 Millionen Euro unterstützen. 2012 wohnten 2,8 Millionen EU-Bürger in Deutschland und damit etwa 600.000 mehr als 2004.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-31972/bundesregierung-will-sozialbetrug-haerter-bekaempfen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619